

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Klimmek

Datum:
23.01.2020

Antrag

Beschließendes Gremium:

Antrag "Umfrage in Lüneburger Kitas" (Antrag der AfD-Fraktion vom 22.01.2020, eingegangen am 23.01.2020)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	25.02.2020	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2020	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. beigefügter Antrag der AfD-Fraktion vom 22.01.2020, eingegangen am 23.01.2020

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 17,00 €
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 - Ja
 - Nein
 - Teilhaushalt / Kostenstelle:
 - Produkt / Kostenträger:
 - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Antrag der AfD-Fraktion vom 22.01.2020, eingegangen am 23.01.2020

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

eing am 23.01.2020
KQ

Fraktion Stadtrat Lüneburg



Abender: Robin Gaberle • Am Ochsenmarkt 1 • 21335 Lüneburg

An
den Oberbürgermeister Herrn Mädge
den Rat der Hansestadt Lüneburg
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

ORK 2. u. 15.

Mädge
23/1

Lüneburg, 22.01.20

Die AfD-Niedersachsen Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg beantragt zur Ratssitzung am 27.02.2020:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert die Verwaltung auf,

1. in den fünf größten städtischen Lüneburger KITAS eine Umfrage unter den Eltern durchzuführen. Der Inhalt der Umfrage soll klären, ob bei den Eltern ein Interesse an der Einrichtung der Vorschule, wie es jetzt im Hermann-Löns-Kindergarten geschehen soll, besteht.
2. die Umfrage soll so gestaltet sein, dass u.a. gefragt wird:
 - a. ob Eltern bei einem bestehenden flächendeckenden Vorschulangebot (mind. drei KITAS im östlichen Stadtgebiet und drei KITAS im westlichen Stadtgebiet mit Vorschulangebot, Trennlinie ist die Ilmenau) die Möglichkeit auch nutzen würden?
 - b. ob Eltern auch bereit wären, dieses Angebot zu nutzen, wenn sie ihr Kind dafür in eine andere Kindertagesstätte innerhalb des Stadtgebietes bringen müssten, d. h. in eine für ihr Kind neue KITA?

Begründung:

Die Vorschule ist ein seit Jahrzehnten bekanntes und bewährtes Erziehungs- und Lernmodell. Insbesondere Kinder, deren Einschulung um ein Jahr zurückgestellt wurde, können in ihr gefordert werden; und es kann bei ihnen einer "Kindergartenmüdigkeit" entgegengewirkt werden. Aber auch für andere Kinder besteht mit der Vorschule in besonderer Art und Weise die Möglichkeit, Wissen spielerisch zu erwerben und eine gute Vorbereitung auf die richtige Schule zu bekommen.

Mit der Umfrage soll zunächst geklärt werden, ob bei den Lüneburger Eltern ein Bedarf dazu besteht. Davon soll abhängig gemacht werden, ob sich die Einrichtung einer flächendeckenden Vorschule überhaupt "lohnt". Die Umfrage soll auf fünf KITAS beschränkt sein, damit der Aufwand sich in Grenzen hält, es wird davon ausgegangen, dass auch eine "stichprobenartige" Umfrage ein repräsentatives Ergebnis darstellt.

Für die AfD-Fraktion



01 R

über

I

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der AfD-Niedersachsen Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg vom 22.01.20 zur Ratssitzung am 27.02.20

Die Verwaltung soll gemäß dem Antrag aufgefordert werden,

1. In den fünf größten Lüneburger KITAS eine Umfrage unter den Eltern durchzuführen. Der Inhalt der Umfrage soll klären, ob bei den Eltern ein Interesse an der Einrichtung der Vorschule, wie es jetzt im Hermann-Löns-Kindergarten geschehen soll, besteht.
2. Die Umfrage soll so gestaltet sein, dass u.a. gefragt wird:
 - a) ob Eltern bei einem bestehenden flächendeckenden Vorschulangebot (mind. drei KITAS im östlichen Stadtgebiet und drei KITAS im westlichen Stadtgebiet mit Vorschulangebot, Trennlinie ist die Ilmenau) die Möglichkeit auch nutzen würden?
 - b) ob Eltern auch bereit wären, dieses Angebot zu nutzen, wenn sie ihr Kind dafür in eine andere Kindertagesstätte innerhalb des Stadtgebietes bringen müssten, d.h. in eine für ihr Kind neue Kita?

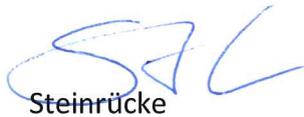
Stellungnahme:

Das neue Konzept einer altersübergreifenden Ganztagsvorschulgruppe wurde am 05.09.19 im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Es handelt sich hierbei um eine Kita-Gruppe nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG). Die Zielgruppe sind Kinder im Alter von 5-7 Jahren, die noch nicht in die Schule gehen, aber für die Kita schon „zu groß“ sind. Explizit handelt es sich um Kinder, die entweder einen Rückstellungsstatus auf Empfehlung des Gesundheitsamtes erhalten haben oder zwischen dem 01. Juni und 30. September sechs Jahre alt werden und auf freiwilliger Entscheidung der Eltern zurückgestellt werden. Die Kinder sollen dort einen Tagesablauf erleben wie sie ihn aus der Kita kennen. Angereichert wird der Tagesablauf jedoch mit Konzentrationsübungen in ruhigen Arbeitsphasen. Die Kinder lernen das Arbeiten in Kleingruppen, die Förderung von sozialen Kompetenzen und das erfolgreiche Lösen von Konflikten. Zudem profitieren die Kinder vom Spielen, Lernen und Zusammensein mit anderen Gleichaltrigen und älteren Schulkindern. Mit diesem Angebot soll ein guter Übergang von der Kita zur Grundschule ermöglicht werden.

Im Jugendhilfeausschuss wurde ausdrücklich dargestellt, dass es sich bei der Vorschulgruppe, die zum 01.08.20 im Hort Hermann-Löns starten soll, um ein Modellprojekt handelt. Nach einer Laufzeit von 2-3 Jahren sollte das Modellprojekt evaluiert werden. Sollte dann festgestellt werden, dass das Angebot gut angenommen wird und gute Erfahrungen damit gemacht werden, hat sich die Verwaltung bereits für eine Ausweitung dieses Angebotes im Stadtgebiet ausgesprochen. Wenn sich bei den Anmeldungen für die Vorschulgruppe im Hort Hermann-Löns zum 01.08.20 bereits abzeichnen sollte, dass der Bedarf deutlich höher als das Angebot ist, wird die Verwaltung selbstverständlich darauf reagieren und sich bereits mit dem weiteren Ausbau von Vorschulgruppen für die darauffolgenden Kita-Jahre befassen.

Die Verwaltung fragt im Zuge der Kita-Bedarfsplanung alle 3 Jahre bei den Eltern auch die konkreten Betreuungsbedarfe ab. In diesem Zusammenhang werden zukünftig auch die Bedarfe für solche Vorschulgruppen mit abgefragt werden.

Aus Sicht der Verwaltung bedarf es daher keiner wie von der AfD-Niedersachsen Fraktion gewünschten gesonderten Umfrage.



Steinrücke